

## TOP-THEMA

Kreis Plön

# Die Schiene ist saniert, die Straße ruiniert

24. Januar 2011 | Von Eckard Gehm

**Im Kreis Plön streiten ein Bürgermeister und eine Bürgermeisterin mit der Bahn. Es geht um die Frage, ob die Bahn erneuern muss, was sie kaputt gemacht hat - und um mindestens 729.000 Euro.**



**+ Vergrößern**

Bürgermeisterin Gisela Rinck (57) und Bürgermeister Dittmar Stöckl bei der Inspektion der Straßen: Der Schwerlastverkehr der Bahn-Baufahrzeuge hat überall tiefe Risse und Schlaglöcher im Asphalt hinterlassen, die Ränder ausgefranst. Foto: Gehm

Auf der Strecke von Lübeck nach Kiel hatte die Deutsche Bahn AG im vergangenen Jahr die Gleise erneuert, was die Fahrzeit zwischen den Städten um vier Minuten verringert. "Die Schienen glänzen, aber unsere Straßen sind ruiniert", sagt Dittmar Stöckl (63), Bürgermeister der Gemeinde Wahlstorf. "Mit Sattelzügen wurden ein halbes Jahr lang fast 200.000 Tonnen Baumaterial herangefahren, was den Asphalt regelrecht zerlegt hat", sagt seine Amtskollegin Gisela Rinck (57) aus der ebenfalls betroffenen Nachbargemeinde Kühren.

Die Bahn hatte in Wahlstorf einen Umschlagplatz eingerichtet. Dort wurde Material gelagert und Schotter gebrochen. Tag und Nacht, wie die Anwohner berichten, deren Obsternte flach fiel, weil alles eingestaubt wurde. Tapfer habe man das und den Baulärm ertragen, sagt Stöckl, auch wenn einige Bürger aus ihren Häusern in Mietwohnungen gezogen seien, um mal wieder Schlaf zu finden.

Die Gefahr für die Gemeindestraßen erkannten Bürgermeister und Bürgermeisterin, als die ersten 40-Tonner mit zum Umschlagplatz rollten. Dittmar Stöckl: "Wir haben die Bahn vor die Alternative gestellt: Entweder wir beschränken das zulässige Gewicht von Fahrzeugen auf unseren Straßen auf 7,5 Tonnen oder wir treffen eine Vereinbarung."

### Bahn: Straßen waren schon vorher beschädigt

So gab es Ortstermine mit Bevollmächtigten der Deutschen Bahn AG, an deren Ende ein Protokoll entstand, das alle Pflichten der Bahn haarklein schriftlich fixierte. Darin heißt es beispielsweise: "Im Anschluss (an die Bauarbeiten, Anmerkung der Redaktion) sind alle betroffenen Teile des Straßenkörpers (Unterbau und Straßendecke), Banketten, Bürgersteige, Grünflächen, Gräben, Gullys und Sinkkästen fachgerecht und nach den anerkannten Regeln der Technik zu erneuern."

Bürgermeister Stöckl: "Wir haben im Gemeinderat einen Experten, der selbst eine Baufirma hatte. Er hat uns genau beraten. So besagt das Wort ‚erneuern‘ nicht, dass eine Straße lediglich geflickt werden darf. Offensichtlich haben die Experten bei der Bahn das überlesen."

Die Bahn AG stimmte dem Protokoll zunächst zu. Als dann aber ein öffentlich bestellter Sachverständiger die Schäden in Wahlstorf auf 500.000 Euro (für 7,1 Kilometer) und in Kühren auf 229.000 Euro (für 3,3 Kilometer) bezifferte, ruderte der Konzern zurück: Bereits vor der Baumaßnahme seien die Straßen erheblich beschädigt gewesen, was der Gutachter nicht berücksichtigt habe. Bahnsprecher Egbert Meyer-Lovis: "Wir sind davon ausgegangen, dass die Straßen dem Stand der Technik entsprechen und dem Schwerlastverkehr standhalten." Tatsächlich sei das nicht der Fall gewesen. "Die Mängel im Unterbau waren nicht sichtbar und wurden von den Beteiligten auch nicht erwähnt", erklärt Meyer-Lovis. "Nur so ist es zu der protokollierten Zusage gekommen, etwaige Schäden an der Straße nach Abschluss der Baumaßnahme zu beseitigen."

### Frist für eine gütliche Einigung

Sollte da eine Straßensanierung erschwandelt werden? Bürgermeister Stöckl widerspricht. "Laut Gutachter hätte die Straße so dick wie eine Autobahn sein müssen, um den Schwerlastverkehr ohne Schäden zu überstehen. Außerdem steht im Protokoll, dass die Straßen erneuert werden müssen."

Bahnsprecher Egbert Meyer-Lovis: "Wir beseitigen selbstverständlich die Schäden, die wir zu verantworten haben, aber es gibt eine eindeutige Mitverantwortung der Gemeinden." Die Bahn bietet nun eine Summe von 200.000 Euro an, die Verkehrsminister Jost de Jager (CDU) in Verhandlungen mit Bahn-Vertretern auf 300.000 Euro erhöhen konnte. Gisela Rinck: "Das reicht nicht. Wir haben einen Anwalt eingeschaltet, der eine Klage vorbereitet. Der Bahn haben wir eine letzte Frist für eine gütliche Einigung gesetzt."

Sie läuft am 15. Februar aus.